

Rezension / Book review

Open Access

Jan Jarre*

Köckler, Heike (2017): Umweltbezogene Gerechtigkeit. Anforderungen an eine zukunftsweisende Stadtplanung. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang. = Stadtentwicklung. Urban Development 2. 45 Tab., 45 Abb., 247 S.

<https://doi.org/10.2478/rara-2019-0025>

Eingegangen: 18. Dezember 2018; Angenommen: 26. Februar 2019



Das Leitbild umweltbezogener Gerechtigkeit verfolgt das Ziel, Umweltqualität und bestmögliche umweltbezogene Gesundheitschancen für alle Bevölkerungsgruppen zu garantieren. Die Realität in unseren Städten ist von diesem Leitbild noch weit entfernt. Stadtluft macht sozial-kulturell gesehen zwar frei, ist aber keineswegs immer

gesund. Entsprechende Nachteile verteilen sich dabei sehr ungleichmäßig auf die Bevölkerung. Insbesondere einkommens- und bildungsbezogen schlechter gestellte Menschen leiden unter mehr Lärm, atmen vermehrt Abgase und Feinstaub am Wohnort, verfügen über weniger Grünflächen im Wohnumfeld, sind stärker von Hitze im Sommer betroffen, haben nicht zuletzt aufgrund dieser Faktoren einen schlechteren Gesundheitszustand und eine niedrigere Lebenserwartung. Dieselben Personen sind zudem häufig auch am Arbeitsplatz durch Lärm, Abgase und Hitze und schließlich durch Schicht- wie Nacharbeit betroffen. Im Ergebnis sind besonders gesundheitsgefährdende Mehrfachbelastungen zu identifizieren.

Diese Situationsbeschreibung ist so unbefriedigend wie bekannt und durch verschiedene Studien auch empirisch untermauert. Bereits in den Jahren nach 1971 hat die von der damaligen Bundesregierung berufene „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“ ein Gutachten zum Thema „Umweltbelastungen und ihre Verteilung auf soziale Schichten“ initiiert (Jarre 1975). Einen Überblick über die verschiedenen Arbeiten der 1970er-Jahre liefert die Habilitationsschrift „Umweltpolitik und Verteilung. Eine Analyse der Verteilungswirksamkeit des öffentlichen Gutes Umwelt“ von Zimmermann (1985). Auch erste raumforschungsorientierte Veröffentlichun-

*Corresponding author: Prof. i.R. Dr. Jan Jarre, Fachhochschule Münster, Fachbereich Oecotrophologie – Facility Management, Corrensstraße 25, 48149 Münster, Deutschland, E-mail: jarre@fh-muenster.de

gen erschienen in dieser Zeit. Politische Konsequenzen im Sinne einer verteilungsorientierten Umweltpolitik für mehr umweltbezogene Gerechtigkeit ergaben sich aus diesen Studien der 1970er-Jahre allerdings nicht.

Erst zu Beginn des neuen Jahrtausends gelang es insbesondere Vertretern der Gesundheitswissenschaften, das Thema erneut und mit viel Nachdruck auf die wissenschaftliche Tagesordnung zu setzen. Erwähnt seien beispielhaft das Buch von Maschewsky (2001) mit dem Titel „Umweltgerechtigkeit, Public Health und soziale Stadt“ und der von Bolte, Bunge, Hornberg, Köckler und Mielck 2012 herausgegebene Überblicksband „Umweltgerechtigkeit“, in dem verstärkt nach möglichen Interventionsmaßnahmen gefragt wird. Mittlerweile steht das Thema Umweltgerechtigkeit auch auf der politischen Agenda – „dies mit dem Ziel, räumlich konzentrierte, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen zu vermeiden oder zu vermindern und einen gerechten Zugang zu Umweltressourcen zu schaffen“, wie es das Bundesumweltministerium (BMU 2016: 6) formulierte.

Die Arbeit von Heike Köckler knüpft hier an und stellt aus raumplanerischer Sicht die zukunftsorientierte Forschungsfrage: Was muss im Hinblick auf das spezifische Verhalten privater Haushalte aus stadt- und umweltplanerischer Sicht getan werden, um dem Leitbild umweltbezogener Gerechtigkeit näher zu kommen? Zu klären sind dazu im Vorfeld weitere Fragen: Wie reagieren Menschen auf Luft- und Lärmbelastungen in ihrem Wohnumfeld? Wer hat die Fähigkeiten, sich in kommunale Entscheidungsprozesse einzubringen oder diese gar zu initiieren („umweltbezogene Verfahrensgerechtigkeit“)?

Das Buch von Köckler ist in einen mittlerweile breiten Forschungszweig zur Umweltgerechtigkeit einzuordnen, den die Autorin aus sprachlichen Gründen lieber „umweltbezogene Gerechtigkeit“ nennen möchte, um Missverständnisse mit Blick auf die andere Bedeutung des Wortes (umweltgerecht = umweltschonend) zu vermeiden.¹ Sie stützt sich in ihrer Arbeit auf ein von ihr entwickeltes Verhaltensmodell (MOVE-Modell: *Model on households' vulnerability towards the local environment*), das die Theorie des geplanten Verhaltens (Ajzen) und die Ressourcenerhaltungstheorie (Hobfoll) aufgreift. Im Kern geht es dabei darum, die Intentionen und in der Folge die Handlungen von Menschen zur Vermeidung von Umweltschädigungen in ihrem Wohnumfeld

zu erklären. Als den für sie wesentlichen, vorgelagerten Vorhersageparameter wählt die Autorin aus der Theorie des geplanten Verhaltens die „wahrgenommene Verhaltenskontrolle“, die die Einschätzung einer Person aufzeigt, wie leicht oder schwer ihr ein bestimmtes Verhalten fallen würde. Sieht sich ein Mensch beispielsweise in der Lage, sein Verhalten kontrollieren zu können, weil er nicht zuletzt zuversichtlich auf eigene Ressourcen oder Fähigkeiten setzt, wie etwa Selbstvertrauen, Familie, Arbeitsplatz, Geld oder Zeit, dann ist es für ihn leichter, auf Umweltbeeinträchtigungen zu reagieren. Je weniger Bewältigungsmöglichkeiten ein Mensch allerdings hat, desto verletzlicher ist er und desto stärker ist er in der Folge von Umweltbelastungen wie von Umweltungerechtigkeit betroffen.

Die Arbeit nutzt eine sehr aufwendige Methodik, die antritt, unter anderem folgende Hypothesen empirisch zu überprüfen:

- Das MOVE-Modell ist empirisch relevant. Die „wahrgenommene Verhaltenskontrolle“ hat als subjektive Bewältigungskapazität auf die menschlichen Handlungsabsichten wie auf die Handlungen selbst einen besonders starken Einfluss. Eine bessere Ausstattung der Haushalte/Menschen mit Fähigkeiten und Ressourcen führt zu einer Stärkung der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle. Hinsichtlich verschiedener Faktoren des Modells lassen sich Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund feststellen.

Mithilfe des theoretischen Leitfadens (MOVE-Modell), einer Haushaltsbefragung in Form von Telefoninterviews an Standorten unterschiedlicher Umweltgüte sowie einer Befragung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund konnten nach einer umfangreichen und anspruchsvollen statistischen Auswertung zu den genannten Hypothesen folgende Ergebnisse ermittelt werden:

- Das MOVE-Modell hat sich als empirisch tragfähig erwiesen. Die subjektiv wahrgenommenen Bewältigungsmöglichkeiten (etwa Handlungswissen oder das Zutrauen in eigene Fähigkeiten) sind in der Lage, das institutionelle Handeln der Betroffenen vorherzusagen, das sich als Teilhabe an (oder in der Initiierung von) kommunalen Entscheidungsprozessen konkretisiert. Die subjektiven Bewältigungskapazitäten werden durch eine gute Ausstattung mit Ressourcen gestärkt. Soziale Netzwerke, ein hilfsbereites Team von Freunden und Familie („Teamworksamkeit“), ein höheres Einkommen und Wohn-

¹ Meines Erachtens ist „Umweltgerechtigkeit“ im Sinne von „umweltbezogener Gerechtigkeit“ heute so etabliert, dass ein potenzielles Missverständnis vernachlässigt werden kann und eine synonyme Verwendung der Begriffe zu vertreten ist.

eigentum wirken dabei im Hinblick auf potenzielle Bewältigungsstrategien besonders positiv. Die befragten Menschen mit vor allem türkischem Migrationshintergrund unterscheiden sich bezüglich der oben genannten Ressourcen nur hinsichtlich eines niedrigeren Einkommens von der deutschen Vergleichsgruppe. Ihre wahrgenommene Verhaltenskontrolle ist niedriger, vor allem aufgrund eines geringeren Zutrauens in die eigenen Fähigkeiten.

Im Ergebnis zeigt sich, dass Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen in hoch belasteten Gebieten Umweltbeeinträchtigungen vergleichsweise schlechter begegnen können. Diese besondere Verletzlichkeit führt die Autorin zu der grundsätzlichen Forderung, die etablierten Prinzipien der Umweltpolitik durch das „bevölkerungsbezogene Vulnerabilitätsprinzip“ zu ergänzen. Danach sollen verletzte Gruppen von der öffentlichen Hand vorrangig geschützt und ihre Ressourcen zugleich gestärkt werden. Dies soll sie dazu befähigen, Umweltbelastungen auch eigenverantwortlich (z. B. durch Mitsprache und Partizipation) entgegenzuwirken und dadurch mehr umweltbezogene Verfahrensgerechtigkeit zu realisieren. Der Staat kann zum Schutz verletzlicher und häufig mehrfach belasteter Menschen vor allem mithilfe der Stadtplanung agieren, die eine Interessenabwägung zwischen den verschiedenen Ansprüchen an die Raumnutzung ermöglicht. Um den Interessen der verletzlichsten Gruppen und damit der umweltbezogenen Gerechtigkeit Vorrang einzuräumen, fordert die Autorin konsequenterweise eine gesetzliche Verankerung des bevölkerungsbezogenen Vulnerabilitätsprinzips. Aber auch mutige Stadträte könnten mit lokalen Beschlüssen vorgehen.

Das Buch von Heike Köckler zeichnet sich durch eine akribisch durchdachte Methodik und eine hoch differenzierte, anregungsreiche Auswertung aus: ein Lehrstück anspruchsvollen wissenschaftlichen Arbeitens. Es besticht durch klare, nachvollziehbare Argumentationslinien und konsequente, praxisorientierte Schlussfolgerungen. Praktiker wie Theoretiker der kommunalen Umwelt-, Sozial- und Stadtpolitik, die sich für die vorausschauende Lenkung der räumlichen Entwicklung einer Stadt und für (umweltbezogene) Gerechtigkeit verantwortlich fühlen, werden von der Lektüre und den Anregungen besonders profitieren.

Literatur

- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2016): Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin.
- Bolte, G.; Bunge, C.; Hornberg, C.; Köckler, H.; Mielck, A. (Hrsg.) (2012): Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Bern.
- Jarre, J. (1975): Umweltbelastungen und ihre Verteilung auf soziale Schichten. Göttingen. = Schriften der Kommission für Wirtschaftlichen und Sozialen Wandel 32.
- Maschewsky, W. (2001): Umweltgerechtigkeit, Public Health und soziale Stadt. Frankfurt am Main.
- Zimmermann, K. (1985): Umweltpolitik und Verteilung. Eine Analyse der Verteilungswirksamkeit des öffentlichen Gutes Umwelt. Berlin. = Beiträge zur Umweltgestaltung 95.